



Nachhaltige Politik der Inneren Sicherheit!

Von Jörg Radek, Vorsitzender des GdP-Bezirks Bundespolizei

Eine Gesellschaft braucht eine gemeinsame Ordnung. Diese Ordnung ist Aufgabe des Staates. Außer den Reichsbürgern oder dem Schwarzen Block wird dies niemand bestreiten wollen. Die Umfragewerte bestätigen ein hohes Ansehen und Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Fähigkeiten der Polizei zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung. Doch die BürgerInnen nehmen auch die Schwäche des Staates bei der Durchsetzung von Recht und Ordnung wahr.

Das Ergebnis der Bundestagswahl ist auch eine Antwort darauf, dass das Politikfeld Innere Sicherheit in der Vergangenheit vernachlässigt wurde. Das ist deutlich ablesbar am Abbau von Personal, doch nicht daran allein: Vor 20 Jahren wurde entschieden, die Polizei von vielen Ordnungsaufgaben zu entlasten. Parallel begann ein Abbau an Verwaltungspersonal und eine Auslagerung von Aufgaben, z. B. Luftsicherheit oder Liegenschaftsverwaltung. Diese Aufzählung wäre unvollständig ohne die Erwähnung des Verkaufs von Bundesdarlehenswohnungen. Die Innere Sicherheit wurde betriebswirtschaftlich ausgerichtet. Das war nicht immer so.

Mit dem Aufkommen der außerparlamentarischen Opposition um 1967 entwickelte sich eine neue Form des Bürgerprotestes und des Demonstrationsgeschehens. Die Polizei begann sich auf den unfriedlichen Protest einzustellen. Anfang der 70er-Jahre formierte sich der Terrorismus weltweit. Flugzeugentführungen, Geiselnahmen und Attentate forderten die Sicherheitsbehörden. Sie erlebten jedoch in dieser Zeit eine politische Führung mit klaren Vorstellungen für eine „wehrhafte Demokratie“. Das Bundeskriminalamt wurde gestärkt, der Bundesgrenzschutz sollte die Länderpolizeien stärker entlasten. Auf den Innenmi-

nisterkonferenzen von 1972 und 1974 vereinbarten Bund und Länder ein „Programm für Innere Sicherheit“.

Im August 1972 trat das Bundesgrenzschutzgesetz in Kraft. Zur damaligen Zeit galt es als ein Gesetz, das einem bundeseinheitlichen Polizeigesetz am nächsten kam. Der Bundesgrenzschutz wurde dadurch in seinen Aufgaben an die Landespolizeien angeglichen. Mit dem Personalstrukturgesetz von 1976 wurden Ausbildung und Besoldungsstruktur angepasst. Es begann ein jahrelang andauernder Prozess mit dem Ziel, eine Polizei des Bundes zu schaffen.

Hans Dietrich Genscher, Wolfgang Schäuble (in seiner ersten Phase als Innenminister) und Otto Schily waren echte Verantwortliche: Sie verwalteten nicht die Innere Sicherheit, sondern sie gestalteten sie aktiv. Wolfgang Schäuble nutzte die Gunst der Stunde der deutschen Einheit und schuf über das Aufgabenübertragungsgesetz einen weiteren Meilenstein für eine Polizei des Bundes. Mit dem Namen Otto Schily und dem von Jupp Scheuring, meinem Vorgänger, sind die Attraktivitätsprogramme und die Umbenennung des BGS in „Bundespolizei“ verbunden. Diese Umbenennung verankerte schließlich die Bundespolizei in der Sicherheitsarchitektur Deutschlands.

Über all die Jahre hinweg war die Politik für die Innere Sicherheit von Kontinuität geprägt. Das galt insbesondere nach dem Machtwechsel 1982. Die Führungskräfte im BGS hatten die Hoffnung, dass die polizeiliche Ausrichtung der sozial-liberalen Koalition rückgängig gemacht würde. Doch die CSU setzte fort, was SPD und FDP begonnen hatten. Es bestätigte sich für die 80er-Jahre, was auch für das Jahrzehnt zuvor, im Prinzip für die gesamte Entwicklung in den Grundfragen der Inneren Sicherheit, galt: Sie wurde gestaltet durch eine stillschweigende Große Koalition. Welche Lehren sind daraus für die Gegenwart zu ziehen? Der



Foto: GdP

gegenwärtige Terrorismus hat kaum etwas mit der Erscheinung der 70er-Jahre gemein. Täter, Tatmittel und Tatmöglichkeiten haben sich verändert. Geblieben ist das Ziel, Angst und Schrecken zu verbreiten.

Die öffentlich wahrnehmbaren Probleme der Bundessicherheitsbehörden sind das Ergebnis einer inzwischen seit Jahren anhaltenden politischen Führungslosigkeit: Es gibt keine gedankliche Linie für eine Weiterentwicklung. Immer mehr Aufgaben bei gleichzeitig weniger Personal und Geldverknappung – so lässt sich die Politik für die Bundespolizei zusammenfassen. Die Schaffung neuer Stellen durch die scheidende Bundesregierung diente lediglich dem Ausgleich der Ruhestandszahlen. Deshalb ist es nun wichtig, dass ein neues Kabinett fortführt, was durch die Impulse des Parlaments 2016 und 2017 begonnen wurde: Die Schere zwischen tatsächlichem Personal und Dienstposten zu schließen.

Doch dafür dürfen Sicherheitsaufgaben vom Parlament auch nur in dem Maße übertragen werden, wie

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

sie von den Behörden auch tatsächlich geleistet werden können. Es braucht eine moderne und praxistaugliche Ausstattung und Infrastruktur sowie neben den Vollzugskräften auch qualifiziertes Ausbildungs-, Verwaltungs- und Tarifpersonal.

Berge an Überstunden, die Fehlzeiten und der hohe Alters-

durchschnitt sprechen eine deutliche Sprache.

Die Ruhestandsdaten im gehobenen Dienst machen verkürzte und nicht längere Aufstiegsverfahren nötig. Für eine nachhaltige Politik der Inneren Sicherheit auf Bundesebene brauchte es zudem eine konsequente Einbeziehung des Zolls und des Bundesamtes für Güterverkehr. Die Liste der aktuellen Herausforderun-

gen und Baustellen ließe sich noch weiter fortsetzen. Es kommt also viel zu auf die neue Bundesregierung und den neuen Bundesinnenminister. Wer frei von Gesinnung und verantwortungsvoll das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Ordnung und den Rechtsstaat zurückgewinnen will, sollte Innere Sicherheit ganzheitlich und nachhaltig denken und danach handeln.

SCHLUSS MIT BEFRISTUNGEN

Gemeinsam mit ver.di und dem DGB geht die GdP derzeit gegen Befristungen im öffentlichen Dienst



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Bezirk Bundespolizei**

Geschäftsstelle:

Forststraße 3a,
40721 Hildren
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-555
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:

Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)
Forststraße 3a,
40721 Hildren
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-555
Internet: www.gdp-bundespolizei.de
E-Mail: info@gdp-bundespolizei.de
Anja Scheuermann
Tel.: 0211-7104514
E-Mail: scheuermann@gdp-bundespolizei.de

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise – auch in elektronischen Medien – nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion.

Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hildren
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2836

vor. Denn das Instrument der Befristung wird von den Arbeitgebern zunehmend genutzt, um schlicht zu sparen oder Pflichten der Arbeitgeberseite zu umgehen. Der öffentliche Dienst spielt dabei eine besonders unrühmliche Rolle. Der Anteil befristeter Neuverträge liegt hier bei rund 60 Prozent.

In der Hälfte der Fälle ist das automatische Ablaufdatum des Arbeitsverhältnisses aber unbegründet: Die Befristung ist sachgrundlos. In der Bundespolizei gibt es mit Stand September 2017 insgesamt 608 befristet Beschäftigte, über die Hälfte der Befristungen sind ohne Sachgrund. Für die ArbeitnehmerInnen bedeuten befristete Verträge berufliche und private Unsicherheit. Darunter leiden die Lebensqualität und oft auch die Gesundheit stark. Die DEUTSCHE POLIZEI hat daher vier befristet angestellte Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Bereichen der Bundespolizei gefragt, was diese Arbeitssituation für sie persönlich bedeutet. Um die Arbeitssituation der KollegInnen nicht zu gefährden, haben wir ihre Namen für das Interview geändert.

DP: Danke, dass Ihr mit uns über Eure Situation sprecht. Könnt Ihr für unsere LeserInnen einmal beschreiben, was Euer privater und beruflicher Hintergrund ist und weshalb Ihr befristet beschäftigt seid?

Konrad: Ich bin verheiratet und seit rund einem Jahr als Verwaltungsfachangestellter für die Bundespolizei tätig – als Krankheitsvertretung befristet. Ich habe eine abgeschlossene kaufmännische Ausbildung und bereits vorher mehrere Jahre bei anderen Blaulichtorganisationen gearbeitet.

Andrea: Ich bin Küchenhilfskraft und habe in dieser Arbeit schon rund 30 Jahre Berufserfahrung. Seit 2015 bin ich bei der Bundespolizei. Grund für die Befristung ist bei mir die Ausbildungs-offensive.

Monika: Ich bin auch Küchenhilfskraft, aber in einem anderen Bereich der Bundespolizei als Andrea. Ich bin eigentlich gelernte Friseurin. Seit 2016 bin ich bei der Bundespolizei und nun in der ersten Verlängerung meines Arbeitsvertrages.

Stefan: Ich bin vor Kurzem aus einer anderen Stadt hierher zu meiner Lebensgefährtin und ihrem Kind gezogen und habe mir deswegen eine neue Stelle gesucht. Ich bin jetzt Bürosachbearbeiter im Bereich der Direktion Akademie. Verwaltungsfachangestellter ist auch mein gelernter Beruf. Mein Vertrag endet im Dezember, bislang wurde er noch nicht verlängert.

DP: Für viele Arbeitgeber sind Befristungen ein gutes Mittel um temporäre Spitzen bei der Arbeitsbelastung oder Ausfälle von anderen Mitarbeitern zu kompensieren. Allerdings hat selbst unsere Bundeskanzlerin kürzlich öffentlich zugegeben, dass damit im öffentlichen Dienst „Schindluder“ getrieben wird. Wie ist Eure Meinung zu Befristungen?

Konrad: Befristete Arbeitsverträge sind vor allem für den Arbeitgeber gut. Der Arbeitnehmer hat keinen Vorteil. Im Gegenteil, das hat eher negative Auswirkungen auf die Psyche des Arbeitnehmers, da Zukunftsängste entstehen und jegliche Planbarkeit nach Ende des Arbeitsvertrages wegfällt. Diese Unsicherheit überträgt sich automatisch auf das Privatleben. Eine Befristung ist daher m. E. keine gute Lösung,



SCHLUSS MIT BEFRISTUNGEN

zumal die Zahl befristeter Verträge stetig zunimmt. Eine Probezeit bzw. deren Verlängerung sollte durchaus genügen.

Stefan: Für mich ist die Situation unverständlich. Im Zuge der Einstellungs-offensive wuchs die Zahl der Lehrgruppen immer weiter an. Es gibt immer mehr Arbeit. Ich und meine Kollegen werden doch gebraucht. Und das auch unbefristet, da in den nächsten Jahren mehr Leute in Ruhestand gehen, als derzeit befristete Arbeitsverträge geschlossen wurden.

DP: Wie empfindet Ihr es, befristet angestellt zu sein und keinen unbefristeten Arbeitsplatz zu haben?

Stefan: Ganz spontan: Scheiße. Nach einer kurzen Phase der Freude nach der Einstellung bei der Bundespolizei machen sich nun zunehmend Zukunftsängste breit.

Andrea: Es gibt einfach ständig eine gewisse Unsicherheit. Man kann keine Planung in die Zukunft machen.

Monika: Stimmt. Vor allem, finanziell nicht planen zu können, ist ein Problem. Das gibt einem kein gutes Gefühl.

Konrad: Gegenüber den anderen Beschäftigten hat man den Eindruck, Beschäftigter zweiter Klasse zu sein. Die Befristung ist wie ein Damoklesschwert, das ständig über einem schwebt, da die Zukunft nur schwer planbar ist. Direkt auf die Familiensituation bezogen bedeutet das, dass etwa Nachwuchswünsche zurückstehen müssen, da man die Ungewissheit hat, wie es weitergeht.

Stefan: Das ist bei uns genauso. An einen Umzug in eine größere Wohnung können wir uns nicht wagen. Der Wunsch nach einem gemeinsamen Kind wird unerfüllt bleiben müssen, solange ich nicht weiß, wie und wovon ich meine Familie ernähren soll. Der Kauf eines Autos oder eine Urlaubsreise sind auch bis auf Weiteres zurückgestellt.

DP: Gab es denn bei Euch bereits Gespräche, um auf eine Festanstellung hinzuwirken?

Stefan: Meine direkten Vorgesetzten sprechen schon länger mit mir und wollen mich auch halten. Aber leider sitzen sie nicht an der entscheidenden Stelle. Unsere Personalvertretung unterstützt mich auch und führt ständig Gespräche mit der Leitung. Ich hoffe nur, dass sich an meiner Situation und der der Kolleginnen und Kollegen, die in derselben Situation sind wie ich, bald etwas zum Positiven ändert.

Konrad: Bei mir gab es auch Gespräche. Meine Vorgesetzten haben auf Möglichkeiten der Festanstellung hingewiesen und auch signalisiert, dass man die erbrachte Arbeit schätzt und man sich gut vorstellen könne, mich in der Bundespolizei zu halten. Man würde alles tun, um eine Festanstellung zu erreichen.

Auch mit dem örtlichen Personalrat und der GdP bin ich dazu im Gespräch.

Monika: Mit mir hat noch niemand von den Vorgesetzten über eine Entfristung gesprochen.

Andrea: Mit mir auch nicht. Wenn es Gespräche gab, dann immer nur über eine weitere befristete Verlängerung des Arbeitsvertrages. Ich

würde mir wünschen, dass der Arbeitgeber früher mit einem spricht, vor allem, wenn der Arbeitsvertrag tatsächlich nicht mehr verlängert werden sollte. Damit man die Chance hat, sich rechtzeitig etwas Neues zu suchen und den Gang zum Arbeitsamt zu vermeiden.

DP: Habt Ihr bereits einmal über einen Wechsel zu einem anderen Arbeitgeber nachgedacht?

Monika: Nein. Mir gefällt meine Arbeit hier.

Andrea: Das geht mir genauso. Ich würde gerne bleiben.

Konrad: Meine Arbeit ist sehr interessant und abwechslungsreich, vielfältige Aufgaben. Natürlich wünsche ich mir da, bei meinem jetzigen Arbeitgeber auch in Zukunft zu bleiben.

Stefan: Ich weiß zwar, dass zukünftig noch mehr Arbeit auf uns zukommt, wir also grundsätzlich auch weiterhin gebraucht werden. Für mein Übernahmeanliegen beruhigt mich das aber nicht, solange ich nichts Konkretes in der Hand habe. Also muss ich parallel nach einer anderen Anstellung suchen. Eigentlich möchte ich hier bleiben und finde es sehr schade, dass es so läuft. Die Tätigkeiten sind abwechslungsreich. Mir würde es auch gegenüber den Kollegen total leidtun, wenn ich gehen müsste. Ich weiß doch, wie wackelig die Personalsituation bei uns derzeit ist. Aus diesen Gründen kann ich es einfach nicht nachvollziehen, warum es so lange dauert, bis ich von der Bundespolizei eine Nachricht über meine berufliche Zukunft bekomme.

DP: Vielen Dank für das Gespräch.



Karikaturen: Alff



PROJEKT „GRENZKONTROLLE DER ZUKUNFT“**Foto: Bundespolizei**

Der Grenzkontrollprozess und die damit verbundenen personellen und materiellen Anforderungen werden sich in Zukunft grundlegend ändern. Um den bevorstehenden gesetzgeberischen Anforderungen auf nationaler und europäischer Ebene zu genügen und die Effizienz der Grenzkontrolle zu steigern, hat die Bundespolizei das Projekt „Grenzkontrolle der Zukunft“ ins Leben gerufen. Ziel sind Anwendungsverbesserungen und damit Entlastung für die Grenzkontrollbeamten sowie die Vorbereitung einer weiteren Verbesserung der behördenübergreifenden Zusammenarbeit. Anfang 2018 wird die Erprobung am Düsseldorfer Flughafen starten, die ersten Erfahrungen sollen dann zeitnah ausgewertet werden. Für die GdP wird das Projekt von Stefan Hoffmann, Patrick Krahn und Roland Voss als Vertreter des Bezirkspersonalrates begleitet. Die „Deutsche Polizei“ hat sich zum Thema „Grenzkontrolle der Zukunft“ mit dem Projektleiter Ralph W. Krüger unterhalten, der uns im Interview sein Projekt vorstellt.

DP: Herr Krüger, Kritik an den Abläufen der Grenzkontrolle und vor allem an dem bestehenden Wildwuchs an IT-Systemen gab es schon lange. Was war nun der auslösende Faktor, eine solche Projektgruppe ins Leben zu rufen?

Krüger: Die Europäische Kommission hat aufgrund der in den letzten Jahren gestiegenen terroristischen Bedrohung und dem erhöhten Migra-

tionsdruck unterschiedliche Initiativen auf den Weg gebracht, um die öffentliche Sicherheit in der Europäischen Union gerade durch das Instrument des Grenzschutzes deutlich zu steigern.

DP: Wir als GdP haben bereits mehrfach öffentlich kritisiert, dass der Kräfteverschleiß gerade bei den Grenzkontrollen enorm ist. Auf welche Lösungen und Verbesserungen können wir mit dem Projekt „Grenzkontrolle der Zukunft“ hoffen?

Krüger: Erste Prognosen hinsichtlich der Auswirkungen auf den Grenzkontrollprozess durch Einführung eines PNR-Systems (Passenger Name Record) und der Einführung des Ein- und Ausreiseregisters EES (Entry-Exit System) machen deutlich, dass der bisherigen Grenzkontrolle grundsätzliche und weitreichende Änderungen bevorstehen. Vor diesem Hintergrund läuft die Entwicklung einer Hintergrundanwendung, der „Border Control Middleware“ (BCMw), um eine medienbruchfreie Übertragung der für die Grenzkontrolle wichtigen Daten zu gewährleisten. Dies erfordert die Anbindung aller bislang im Grenzkontrollprozess genutzten Systeme (u. a. INPOL, SIS, AZR, VIS) sowie die Integration der zukünftigen Systeme auf europäischer Ebene. Ich bin guter Dinge, dass uns dies gelingen wird!

DP: Das Projekt befasst sich mit einer Vielzahl von Themengebieten und ist personell auch entsprechend interdisziplinär aufgestellt. Wer unterstützt Sie bei der Umsetzung?

Krüger: Es sind alle relevanten Abteilungen und Referate des Bundespolizeipräsidiums permanent eingebunden. Ohne diese fachliche Expertise wäre dieses Projekt niemals zu realisieren. Von besonderer Wich-

tigkeit ist mir auch die Einbindung der Personalvertretungen in alle relevanten Prozesse. Alleine, das muss man einfach realistisch betrachten, kann man ein solches Mammutprojekt nicht stemmen. Neben grenzpolizeilicher Erfahrung ist ebenso technisch-wissenschaftliche Beratung unabdingbar. Die wird uns als Projektgruppe im Rahmen einer behördenübergreifenden Zusammenarbeit insbesondere vom Bundesverwaltungsamt (BVA) und vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zur Verfügung gestellt. Hinzu kommen Fachberater und Experten externer Firmen, die uns zur Seite stehen. Dabei liegt es meinem Team und mir besonders am Herzen, alle Schritte transparent zu gestalten, direkte Ansprechpartner vorzuhalten und uns mit all unseren Partnern eng zu vernetzen.

DP: Sie haben das Schlagwort „grenzpolizeiliche Expertise“ genannt. Ist im Rahmen des Projektes denn angedacht, auch das Fach- und Praxiswissen der Kolleginnen und Kollegen einzuholen?

Krüger: Ja, das geschieht bereits. So haben wir beispielsweise im Teilprojekt PNR, die BPOLDen und Flughafendienststellen eng in den fachlichen Konzeptionierungsprozess eingebunden. Intensive Schulungen – bereits im Vorfeld – stellen sicher, Verbesserungsvorschläge und Erfahrungen zeitnah einzubringen. Das magische Wort heißt in diesem Zusammenhang: Akzeptanz. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich unterstreichen, dass interessierte Kolleginnen und Kollegen aufgefordert sind, sich offensiv in das Projekt einzubringen. Ich bin sicher, dass uns dieses grenzpolizeiliche Fachwissen nach vorne bringen wird. Zudem ist der Prozess der Grenzkontrolle der Zukunft für die gesamte Bundespolizei

**Roland Voss mit Projektleiter Ralph Krüger****Foto: GdP**

PROJEKT „GRENZKONTROLLE DER ZUKUNFT“

von immenser Bedeutung. Daher baut die Projektgruppe nicht nur auf die Vernetzung von Partnern und Behörden, sondern auch auf intensives und praxisorientiertes Feedback.

DP: Was dürfen unsere Kolleginnen und Kollegen von dem Projekt konkret an Entlastungen in der täglichen Arbeit erwarten?

Krüger: Die Hintergrundanwendung BCMW wird momentan nach den polizeifachlichen Anforderungen der Bundespolizei durch das BVA entwickelt. Dieses System verknüpft die bereits bestehenden Grenzkontrollsysteme, sodass mit einer Dateneingabe alle Register abgefragt werden (INPOL, SIS, AZR, VIS etc.). Zudem werden die in der ersten Kontrolllinie erfassten Daten und Registerabfragen zur weiteren Bearbeitung in der zweiten Kontrolllinie zur Verfügung gestellt und eine automatisierte Übertragung in das Vorgangsbearbeitungssystem @tus-Bund ermöglicht. Zunächst wird dies nur in einem begrenzten Umfang möglich sein. In stufenweisen Updates wird der Vorgang dann derart erweitert, dass perspektivisch alle für die Vorgangsbearbeitung notwendigen Daten ohne erneute händische Eingabe automatisiert per Knopfdruck übertragen werden können. Zudem wird BCMW in der Lage sein, alle künftigen Systeme medienbruchfrei zu integrieren.

Stellen Sie sich vor: Künftig wer-

den unsere Beschäftigten nicht länger mehrere Anwendungen für ihre Abfragen nutzen müssen. Die Daten werden einmal erfasst, automatisch mit einer Vielzahl von Datenbanken abgeglichen und alle relevanten Antworten übersichtlich in nur einer Applikation ausgegeben. Ist das nicht revolutionär?

DP: Wenn Sie von einem stufenweisen Prozess sprechen – mit welchen Neuerungen können unsere Kolleginnen und Kollegen zuerst rechnen?

Krüger: Zur Vereinfachung der Arbeitsprozesse in der ersten Kontrolllinie wird zeitnah eine neue Version der Integrierten Grenzkontrollanwendung (IGA) entwickelt. Durch diese werden alle Grenzkontrollanwendungen in übersichtlicher Weise in nur einem Fenster angezeigt, sodass zu einer vollständigen Kontrolle nicht mehr ein Wechsel zwischen verschiedenen Fenstern notwendig sein wird.

Mit EasyPASS sowie den neuen Selbsterfassungsterminals (Self-Service-Kioske) sollen, vor allem mit Blick auf die vorgenannten Neuerungen und das stetig wachsende Reiseverkehrsaufkommen, die Grenzkontrolle durch weitere Automatisierung beschleunigt werden. EasyPASS wird mit Einführung des EES insbesondere in der Ausreise die Kontrolle von Drittstaatsangehörigen merklich entlasten, da sowohl die manuelle Berechnung der Aufenthaltszeiten, als



Foto: Bundespolizei

auch die Stempelung der Reisedokumente entfallen wird. In der Einreise sollen die Erfassung biometrischer und biografischer Daten sowie Teile der Einreisebefragung durch Kiosksysteme unterstützt werden. Auch diese Systeme werden an BCMW angeschlossen, sodass die dort erfassten Daten ebenfalls medienbruchfrei weiter verarbeitet werden können.

DP: Wir danken Ihnen für dieses informative Gespräch.

EU-INITIATIVE „EUROPE ON THE MOVE“

Die Europäische Kommission hat mit ihrer Initiative „Europe on the move“ ein umfassendes Maßnahmenpaket zur grundlegenden Modernisierung des europäischen Mobilitäts- und Transportsektors vorgelegt. Die GdP-Bezirksgruppe Zoll hat dies zum Anlass genommen, bei verschiedenen Bundestagsabgeordneten auf die innereuropäische Schräglage bei den Beschäftigungsverhältnissen, wie z. B. bei Fragen der Entlohnung und der Arbeitszeit hinzuweisen.

Die in den Branchen Spedition, Transport und Logistik tätigen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen sehen sich derzeit einer Situation ausgesetzt, zu der aus anderen Branchen

teilweise schon seit Jahrzehnten Erfahrungswerte verfügbar sind. Die Lebensverhältnisse im Allgemeinen und das Lohnniveau sowie die Beschäftigungsmöglichkeiten im Besonderen variieren in den Ländern der Europäischen Union (EU) sehr stark. Sehr guten Verdienst- und Arbeitsplatzchancen in der Bundesrepublik Deutschland stehen Niedriglöhne und Arbeitslosigkeit in den osteuropäischen Mitgliedsstaaten gegenüber.

Von beim Zoll tätigen Mitgliedern der GdP erhalten wir Berichte, dass z. B. rumänische und bulgarische Arbeitnehmer unabhängig von der Branche bereit sind, für eine Monatspauschale von unter 1000 Euro netto zu arbeiten. Da dabei monatlich ohne Weiteres über 250 Arbeitsstunden und mehr anfallen, sind solche Be-

schäftigungsverhältnisse nach den in der Bundesrepublik geltenden Maßstäben als ausbeuterisch zu bezeichnen.

Die Arbeitgeber, die mit solchen „Beschäftigungsbedingungen“ kalkulieren können, verfügen über einen erheblichen Wettbewerbsvorteil. Diese Lage verschärft sich, wenn die Arbeitgeber wegen eines Firmensitzes außerhalb Deutschlands die hier gültigen Mindestlöhne unterlaufen können. In der Bauwirtschaft ist dieser Effekt schon spätestens seit der Mitte der 1990er Jahre zu beobachten.

Die Kolleginnen und Kollegen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) berichten zudem überwiegend von negativen Erfahrungen in der Zusam-

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 5

menarbeit mit ausländischen staatlichen Stellen der Sozialversicherung und Strafverfolgung. Es entsteht bisweilen der sicherlich nicht bewiesene Eindruck, dass die staatlichen Instanzen der betroffenen osteuropäischen Mitgliedsstaaten die oben beschriebenen Wettbewerbsvorteile als Chance für die Volkswirtschaft des eigenen



Karin Gerding, stellvertretende Vorsitzende der GdP-Bezirksgruppe Zoll

Foto: GdP

Landes wahrnehmen und demzufolge die Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden als nachrangig erachten.

Die Angleichung der Lebensverhältnisse in der EU ist notwendig und wird als unbestrittenes gesellschaftspolitisches Ziel von der GdP unterstützt. Allerdings darf dies nicht auf dem Rücken inländischer ArbeitnehmerInnen, unabhängig von ihrer Nationalität ausgetragen werden, indem die erkämpften Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland regelmäßig unterlaufen werden. Aber auch der inländische Unternehmer, der sich an die geltenden Regeln hält, darf in diesem Zusammenhang nicht der sprichwörtlich „Dumme“ sein.

Veränderungen auf europäischer Ebene sind mit hoher Wahrscheinlichkeit der am ehesten zielführende Weg, einerseits inländische ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen vor unfairer Wettbewerb zu schützen und andererseits auch durch innergemeinschaftliche grenzüberschreitende Dienstleistungen zur Angleichung der Lebensverhältnisse in der Europäischen Union beizutragen.

Besondere Bedeutung kommt dabei dem Umstand zu, dass der Dienstleistungsfreiheit von Unternehmen in der EU auf der Seite der staatlichen Prüf- und Ermittlungsbehörden keine gleichwertigen Instrumente entgegenstehen. Hier wird es wesentlich darauf ankommen, den betroffenen Mitgliedsstaaten zu vermitteln, dass die Einhaltung der deutschen Arbeits- und Sozialstandards auch im eigenen Interesse liegt. Das wird nicht einfach, hier liegt wohl ein Marathonlauf vor uns.

Karin Gerding für die GdP-Bezirksgruppe Zoll

TAG DER SACHSEN

Dieses Jahr fand das größte Volksfest im Freistaat Sachsen, der „Tag der Sachsen“ vom 1. bis 3. September in Löbau statt. Die GdP-Kreisgruppe Pirna war wieder mit einem Stand auf der Blaulichtmeile vertreten.

Der Wettergott meinte es diesmal nicht gut mit den Festbesuchern und Ausstellern: Bei kühlen, herbstlichen Temperaturen war von Dauerregen bis Sonne alles dabei. Umso mehr freute sich die GdP-Kreisgruppe dennoch, viele Besucherinnen und Besucher an ihrem Stand begrüßen zu dürfen und mit vielen Interessierten ins Gespräch zu kommen.

Auch dieses Mal war unser Glücksrad ein großer Anziehungspunkt. Gegen einen geringen Beitrag durfte jeder sein Glück versuchen. Auch wenn nicht jeder einen Hauptpreis gewinnen konnte, freuten sich vor allem unsere kleinsten Besucher, dass sie nicht leer ausgingen: Malhefte, Luftballons und Gummibärchen als Trostpreise brachten ihre Augen zum Leuchten.

Das auf diese Weise zusammengetragene Geld ergab eine stolze Sum-

me von 250 Euro, die die GdP-Kreisgruppe Pirna der heilpädagogischen Kindertagesstätte „Samenkorn“ in Löbau spendete. Die Übergabe erfolgte noch am Sonntag auf der Blaulichtmeile. Ina Völkel und Katrin Ladenthin (beide Mitglieder im Kreisgruppenvorstand) übergaben der Mitarbeiterin der Kindertagesstätte, Frau Marx, den Spendenscheck über die erzielte Summe.

Natürlich erfolgte durch uns auch eine Einsatzbetreuung der eingesetzten Kolleginnen und Kollegen. Sie freuten sich über Bockwurst, Wiener Würstchen und einen warmen Kaffee.

Rückblickend können wir das Resümee einer gelungenen Veranstaltung ziehen.

GdP-Kreisgruppe Pirna



Die Mitarbeiterin der Kindertagesstätte, Frau Marx (li.), erhält den Spendenscheck von den GdP-Kolleginnen Katrin Ladenthin und Ina Völkel.

Foto: GdP



VERTRAUENSLEUTE-SEMINAR



Motivierte Vertrauensleute der GdP-Kreisgruppe Rheinland.

Foto: GdP

Im Oktober führten die Vorsitzenden der GdP-Kreisgruppen Rheinland und Aachen, Frank Fischer und Michael Schaffrath, gemeinsam ein eintägiges Vertrauensleute-Seminar in Köln durch. Ziel war es, junge Kolleginnen und Kollegen für gewerkschaftliche Arbeit zu begeistern.

Michael Schaffrath stellte die Entwicklung der GdP und Grundlagen der gewerkschaftlichen und personalrätlichen Arbeit vor. Gemeinsam in der Gruppe wurden die aktuellen Herausforderungen in der Bundespolizei diskutiert und von den beiden Moderatoren die Positionen der GdP erläutert.

In der gemeinsamen Debatte wurde von den TeilnehmerInnen (Kriminalitätsbekämpfung, Düsseldorf, Kle-

ve, Aachen, Köln und auch Aufstiegsaspiranten) festgestellt, dass trotz der unterschiedlichen Aufgabenbereiche die Probleme des Personalfehls überall deckungsgleich sind.

Den gewerkschaftlichen Rechtsschutz sowie aktuelle Rechtsprechung und Gesetzesänderungen wurden von der Justiziarin der GdP-Bezirksgeschäftsstelle, Simone Krummen, präsentiert, die den Kolleginnen und Kollegen somit einen interessanten Einblick in ihren Arbeitsalltag ermöglichte. Die TeilnehmerInnen hatten ausgiebig Gelegenheit Fragen zu stellen. Auch die Bereiche Regress und Adhäsionsverfahren kamen zur Sprache.

Nach einem straffen Tagesablauf konnte die Seminargruppe den Tag schließlich im Brauhaus „Gaffel am Dom“ gemütlich ausklingen lassen.

Die neu geschulten Vertrauensleute sind so fachlich „fit“, um ihren Kolleginnen und Kollegen in den Dienstgruppen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

**Frank Fischer
für die GdP-Kreisgruppe Rheinland**

WILLKOMMEN ZUM AUFSTIEGSLEHRGANG

„Herzlich willkommen in der Liegenschaft der BPOLD Berlin in Frankfurt (Oder)“ konnten wir dem 1. Aufstiegslehrgang entgegenrufen! Damit ist nun das GdP-Hebungsprogramm auch in der Bundespolizeidirektion Berlin gestartet.

Am 9. Oktober 2017 wurden die 66 Teilnehmer des ersten Aufstiegslehrgangs in der Liegenschaft der BPOLD Berlin in Frankfurt (Oder) zur Umsetzung des Hebungsprogrammes (400 von 800) gem. § 16 BPolLV durch uns herzlich begrüßt.

Gleich am ersten Tag des Aufstiegslehrgangs wollten wir uns als GdP-AnsprechpartnerInnen den Kolleginnen und Kollegen vorstellen. Zur Begrüßung und für ein erstes Kennenlernen beschenkten wir die Teilnehmerinnen und Teilnehmer daher mit einer kleinen Schultüte und luden alle herzlich zu einem gemeinsamen Grillen am darauffolgenden Tag ein.

Das Angebot zum Begrüßungsgillen fand sehr reges Interesse und schnell fand man sich zu Gesprächen und lebendigen Diskussionen zusam-



GdP-Begrüßung zum Aufstiegslehrgang

Foto: GdP

men. Wir machten deutlich, dass die GdP-VertreterInnen während des gesamten Aufstiegslehrganges bei Fragen oder Problemen zur Verfügung stehen und gerne weiterhelfen.

Vielen Dank an die GdP-Kreisgruppe Frankfurt (Oder), die die Or-

ganisation und Gestaltung dieser gelungenen Aktion übernahm!

**GdP-Direktionsgruppe
Berlin-Brandenburg**



GEEHRT



Michael Alka, Vorsitzender KG Küste, gratuliert Günter Schulz ...



... und Jörg Willers zu jeweils 25 Jahren Mitgliedschaft.



In Mecklenburg-Vorpommern ehrt Daniel Emde Uwe Kluge (II.), ...



... Enrico Herbst (re.) sowie ...



Gerd Hammermeister (II.) für 25 Jahre Treue.



Bezirksvorsitzender Jörg Radek (II.) ehrt ein GdP-Urgestein der Direktionsgruppe Küste, Holger Jungbluth (re.), für 25 Jahre Treue.



Der KG-Vorsitzende Georg Thamm ehrt Reinhold Balk (II.), dt. Kontingentleiter im Gemeinsamen Zentrum Passau, für 25 Jahre Treue.



Seniorenbeauftragter Lothar Lindner ehrt Dirk Seehaus ...



... und Wolfgang Lüdke, beide ehem. KSB der BPOLI Stralsund, Revier Mukran.



Walsrode: Jan Best und Kristine Berner ehren Rainer Thaler (Mitte) für 40 Jahre Treue.

